

Rüsselsheimer Echo  
16.11.2015

Freie Wähler

## Leinz will die Ortsentlastung

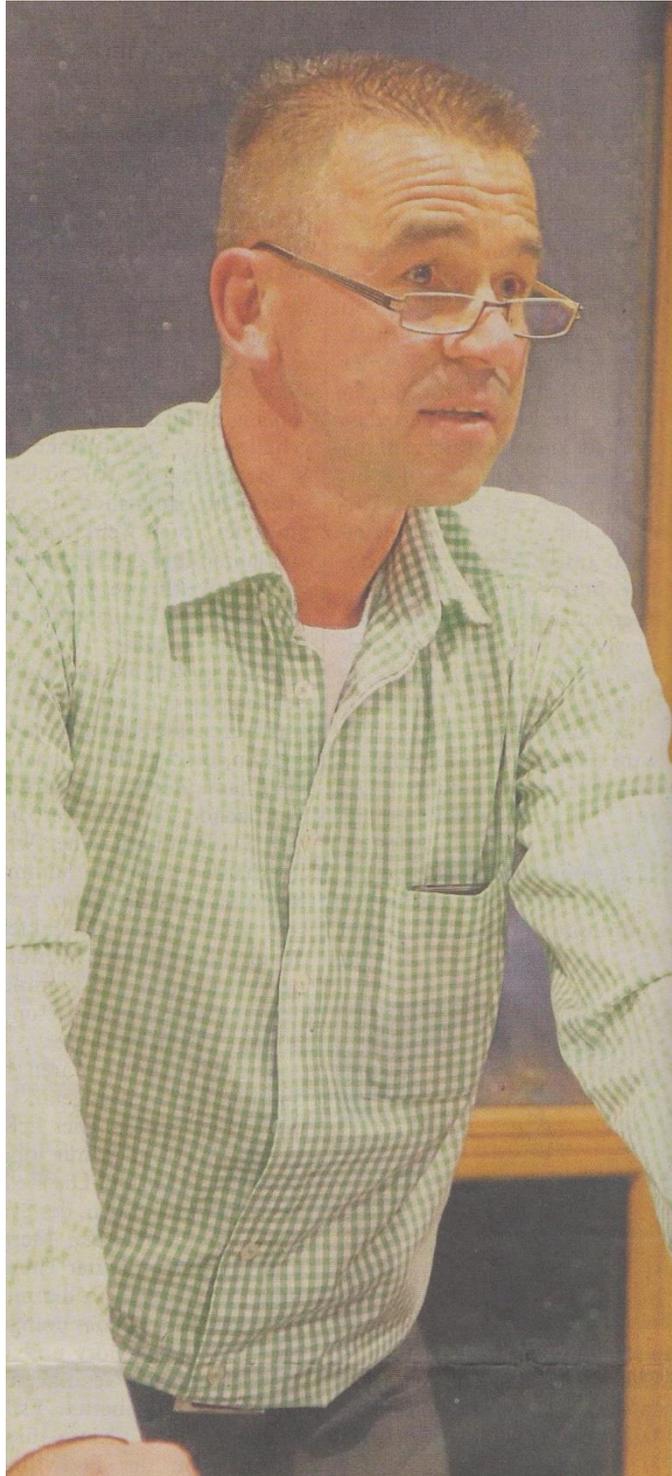
16.11.2015 VON RALPH KEIM  
**Beim einem Bürgergespräch legte Bürgermeisterkandidat Rolf Leinz (Freie Wähler) sein Wahlprogramm dar. Dabei bekräftigte er am Freitagabend die Notwendigkeit der Ginsheimer Ortsentlastungsstraße.**

### **Ginsheim-Gustavsburg.**

„Die Erschließung der weiteren Neubaugebiete wird zu einer höheren Verkehrsbelastung des Ortskerns von Ginsheim führen“, begründete Rolf Leinz sein konsequentes Eintreten für die Ortsentlastungsstraße von Ginsheim. Als neuer Bürgermeister der Stadt werde er für die Sicherheit der Fußgänger sorgen und dazu sei eine Ortsentlastungsstraße unabdingbar. Die Bürgermeisterwahl steht am 6. Dezember an, zusammen mit der Landratswahl.

Kritik übte Leinz im Zusammenhang mit der Ortsentlastungsstraße an der SPD in der Stadtverordnetenversammlung. Die Sozialdemokraten hätten sich von dem Projekt verabschiedet. Die Gründe dafür seien nicht ersichtlich. „Der Eigenanteil der Stadt liegt bei der Ortsentlastungsstraße bei rund 1,3 Millionen Euro“, führte Leinz weiter aus. Weitere rund 3,7 Millionen Euro müsse die Kommune vorschießen. „Dieses Geld kommt in den Folgejahren in Monatsraten vom Land zurück. Angesichts der derzeit niedrigen Zinsen halte ich das für vertretbar.“ Zustimmung erfuhr Leinz von den Zuhörern, die die Situation der Fußgänger unisono als äußerst gefährlich ansahen.

Als neuer Bürgermeister werde er die Finanzen komplett auf den Prüfstand stellen, kündigte Leinz weiter an. „Die Stadt hat Schulden von mehr als 16 Millionen Euro. Gleichzeitig herrscht ein



Investitionsstau von mindestens 18 Millionen Euro.“ Investieren würde Leinz in die Kinderbetreuung. Dabei müsse aber gelten, dass derjenige die Kosten trägt, der die entsprechenden Verordnungen und Gesetze erlässt. Trüge beispielsweise das Land die Kosten für die Kinderbetreuung, hätte die Stadt wesentlich mehr Spielräume für Investitionen. „Die Schulkinderbetreuung muss besonders an der Albert-Schweitzer-Schule verbessert werden.“ Auch müsse es das Ziel sein, die Grundschulen in Ginsheim und Gustavsburg zu Ganztagschulen zu entwickeln.

## **Für eine Erweiterung des Nachtflugverbots**

Weiterhin sprach sich Rolf Leinz für eine Erweiterung des Nachtflugverbots auf die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr aus. In der Pflicht stehe Flughafenbetreiber Fraport auch bei der Finanzierung des passiven Schallschutzes. „Dieser passive und von der Fraport getragene Schallschutz darf sich nicht auf einen schmalen Streifen von Gustavsburg beschränken.“ Auf alle Fälle müsse das Verfahren, zum Thema Schallschutz wesentlich unbürokratischer gestaltet werden, forderte Rolf Leinz

Ebenfalls Gast des Bürgergesprächs war Rudolf Schulz, Vorsitzender der Freien Wähler Hessen. „Eine Forderung des Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr ist völlig legitim“, sagte Rudolf Schulz. Auch bei der Kinderbetreuung stünden die Freien Wähler für eine Entlastung der Familien ein, bekräftigte er. Im Gegensatz zu Leinz schnitt Schulz das Thema Flüchtlinge an. „Wir stehen für eine Willkommenskultur in Deutschland. Wir dürfen aber auch nicht die Augen vor den Problemen verschließen“, mahnte der Landesvorsitzende.

\*\*\*\*\*

Redaktionelle Anmerkung von Rolf Leinz:

Im Rahmen einer Besprechung mit dem Bürgermeister von Neumann wurde vereinbart, das **Thema Flüchtlingspolitik** aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Deswegen thematisiere ich diese wichtige Angelegenheit nicht in meinen Wahlkampfveranstaltungen.